

Beginn: 10:04 Uhr

Präsident André Kuper: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiÙe Sie zu unserer heutigen, 19. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen herzlich willkommen. Mein GruÙ gilt auch unseren Gästen oben auf der Zuschauertribüne, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien und den Zuschauern im Stream oder bei den TVs.

Für die heutige Sitzung haben sich **sechs Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Im Nachgang zu Tagesordnungspunkt 2 der gestrigen Sitzung möchte ich noch eine **nichtförmliche Rüge** aussprechen, die Herrn Abgeordneten **Markus Wagner** von der **AfD-Fraktion** betrifft. Herr Wagner hat sich während seiner Rede zu Tagesordnungspunkt 2 „Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und des Fraktionsgesetzes“ unparlamentarisch verhalten, indem er einen Begriff aus der Fäkalsprache verwendet hat.

(Zuruf: Ui!)

Das ist der Würde des Parlaments nicht angemessen, und ich werde die ÄuÙerung auch nicht wiederholen. – Herr Kollege, ich ermahne Sie und bitte Sie, derartige ÄuÙerungen zukünftig zu unterlassen. Andernfalls müssen Sie mit einer förmlichen Rüge rechnen.

Meine Damen und Herren, wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe auf:

1 Negative Entwicklung bei den Organspendezahlen in Nordrhein-Westfalen

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/1722

Die Fraktionen von CDU und FDP haben mit Schreiben vom 15. Januar 2018 gemäß § 95 Abs. 1 der Geschäftsordnung zu der genannten aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner vonseiten der antragstellenden Fraktion der CDU dem Kollegen Klenner das Wort. Bitte schön.

Jochen Klenner (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Drei Menschen in Deutschland werden heute sterben; sie ha-

ben vergeblich auf ein lebensrettendes Organ gewartet. Das passiert jeden Tag: heute, gestern, morgen, übermorgen, wenn wir nicht handeln. 10.000 Patienten warten aktuell auf eine Organspende – oft jahrelang. Und die Zahl der Spender ist auf den niedrigsten Stand seit Jahrzehnten gesunken: 797 – minus 60 – und in Nordrhein-Westfalen 146 – minus 16 Organspender im Vergleich zu Vorjahr.

Deshalb bin ich für diese Aktuelle Stunde dankbar. Denn sie will ein fraktionsübergreifendes Zeichen setzen.

(Beifall von der CDU, der FDP und Monika Düker [GRÜNE])

Auch die Deutsche Stiftung Organtransplantation – DSO – hat heute im Landtag einen Informationsstand aufgebaut. Sie werden es gesehen haben.

Ja, es ist in den vergangenen Jahren zu ruhig um das Thema „Organspende“ geworden. Dazu finden Sie auch im Landtagsarchiv nicht viel Konkretes. Deshalb müssen wir uns alle wieder stärker kümmern. Es gibt nicht die eine Patentlösung, die auf Knopfdruck die Zahl der Organspenden steigert, sondern verschiedene Stellschrauben:

Erstens. Die Zahl der möglichen Organspender: Die DSO hat viele Studien ausgewertet. Drei Viertel der Deutschen können sich sogar eine Organspende vorstellen. Aber deutlich weniger haben das auch mit einem Spenderausweis dokumentiert. Gründe: zu wenig Wissen, Unsicherheit, zu wenig Zeit – auch mangelndes Vertrauen?

Wie können wir dem entgegenwirken? – Druck? Da sind wir sehr skeptisch. Sie kennen die Vorschläge zum sogenannten Widerspruchsverfahren. Wer nicht spenden will, muss vorher Nein sagen.

Aber gegen Angst und Unwissenheit hilft kein Zwang. Zu einer bewussten Entscheidung dürfen wir nicht drängen. Es gibt in dieser Frage keine einfache, aber auch keine richtige oder falsche Antwort. Niemand muss ein schlechtes Gewissen haben, wenn ihm persönlich die Entscheidung schwerfällt. Eine Spende ist immer freiwillig. Und es heißt doch „Organspende“ und nicht „Organumlage“ oder „Organ-soli“.

(Vereinzelt Beifall von der FDP und den GRÜNEN)

Wir sollten deshalb ein Umfeld schaffen, in dem über Organspende gesprochen, nachgedacht und dann aus freien Stücken entschieden wird.

Das ist nicht einfach, denn Verdrängen ist menschlich, und über den Tod spricht niemand von uns gern. Das gilt selbst in der eigenen Familie: In neun von zehn Fällen müssen die Angehörigen über eine Organentnahme entscheiden, weil es vorher keine eindeutige Festlegung gab.